

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Fettverteuerung

### Einfuhrsperr für Schweineschmalz ab 1. Januar 1933 Beimischungszwang für Margarine kommt doch

Berlin, 27. Dezember.  
Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichswirtschaftsministers wird ab 1. Januar 1933 die Einfuhr von Schweineschmalz und Papierholz unter Einfuhrbewilligung gestellt. Einfuhrbewilligungen erteilt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Berlin W 10, Viktoriastraße 34. Für Schweineschmalz gilt das Bewilligungsverfahren, das einer übertriebenen Voreinfuhr entgegenwirken soll, nur bis zum 15. Februar 1933, dem Tage des Außerkrafttretens der vertraglichen Bindung des Schweineschmalzollens.

Bei der Stellung der Anträge auf Erteilung einer Einfuhrbewilligung ist folgendes zu beachten:

1. Für Schmalz: Die antragstellenden Firmen müssen den Nachweis erbringen, welche Mengen Schmalz sie in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1932 eingeführt haben. Zweckmäßigerweise wird dieser Nachweis durch Vorlage der Zollquittungen erbracht werden.

2. Für Papierholz: Bei der Stellung des Antrages ist nachzuweisen, daß der Antragsteller das einzuführende Papierholz selbst verarbeiten will, daß er bereits im Jahre 1932 ausländisches Papierholz verarbeitet hat und daß er zur Aufrechterhaltung seines Betriebes nachweislich auch in Zukunft auf bestimmte Mengen ausländischen Papierholzes angewiesen ist.

### Beimischungszwang

Berlin, 27. Dezember.  
Wie bereits angekündigt, ist mit der Verordnung über den Zwang der Butterbeimischung zu Kunstfett im Laufe des Mittwochs zu rechnen. Durch diese Verordnung wird der Reichsernährungsminister ermächtigt, einen gesetzlichen Zwang zur Beimischung von Butter, Talg, Schmalz oder Milch bei der Herstellung von Kunstfett anzusetzen. Die Durchführung dieser Ermächtigung bleibt einer Ausführungsverordnung überlassen, die insbesondere den Prozentsatz des Beimischungszwanges bestimmen wird. Dem Vernehmen nach wird diese Quote aller Voraussicht nach wöchentlich festgesetzt werden, jedoch wird hierüber noch mit der Margarine-Industrie verhandelt.

Die gleiche Verordnung wird auch noch eine weitere Neuerung bringen, insofern, als nämlich die Reisflocken ins Maismonopol einbezogen werden sollen.

Der Konflikt im Reichskabinett hat also mit einem vollen Sieg der Junker geendet. Die Abhängigmachung jeglicher Einfuhr von Schweineschmalz von einer Bewilligung des Reichs-„Ernährungs“-Ministers bedeutet selbstverständlich eine ganz außergewöhnliche Drosselung der Fetteinfuhr. Da die gesamte deutsche Landwirtschaft heute zwar den gesamten Getreide- und Fleischverbrauch in Deutschland aus eigener Produktion, den Fettverbrauch aber nur zu etwa 60 Prozent decken kann, so muß die Einfuhrkontingentierung von Schweinefett eine sofortige und ganz erhebliche Teuerung im Gefolge haben. Das um so mehr, als die Höhe der Einfuhr ganz dem Ermessen des Reichsernährungs-Ministers überlassen bleibt, der bekanntlich nicht für die Ernährung der Bevölkerung, sondern nur für das Wohlergehen der Großagrarier sorgt.

Die Einzelheiten der Bedingungen für die Bewilligung von Fetteinfuhr sind außerdem so bürokratisch einseitig, daß beispielsweise Geschäfte wie etwa Konsumvereine und andere, die vielleicht zufällig im vorigen Jahr wenig oder gar kein ausländisches Fett verbraucht haben, jetzt überhaupt keine Einfuhrbewilligung erhalten. Das alles muß zu besonderen Auswucherungen der Konsumenten beitragen.

Damit aber die Arbeitermassen nicht zu dem billigen Margarineersatz greifen, wird, wie in obiger Meldung angekündigt ist, auch heute noch die bisher heiß umstrittene Verordnung über den Butter- und Fettbeimischungszwang zur Margarine erlassen werden, durch die eine Butter- wie Margarinepreisteigerung eintreten muß.

Die Fett-Kontingentierung und der Beimischungszwang für Margarine soll nach den Versicherungen der Regierung und der Junker die landwirtschaftliche Veredlungswirtschaft schützen, die besonders von den Mittel- und Kleinbauern betrieben wird. Daß aber die Großagrarier, wenn da wirklich für die Kleinbauern ein kleiner Vorteil herauspringen sollte, sofort diesen Gewinn für sich einhalten, zeigt die weitere Bestimmung in der Verordnung über die Hereinnahme der Reisflockenbewirtschaftung in das Maismonopol. Das heißt nichts anderes als eine Verteuerung der Futtermittel, auf die die Kleinbauern bei ihrer Viehwirtschaft und vor allem bei der Schweinezucht angewiesen sind. Sie werden durch diese Bestimmung gezwungen, ihre Futtermittel zu sehr hohen Preisen von den Großagrarier zu beziehen. Ihr eventueller Vorteil durch Erhöhung der Fett- und Butterpreise wird also schon im Voraus von den Junkern wieder weggeschmuppelt.

Für die Arbeiterklasse bedeutet dieser neueste Fettwucher ungeheure Steigerung ihres Elends, Steigerung der ohnedies schon katastrophalen Unterernährung. Die Regierung Schleicher zeigt hier, daß sie genau so die Befehle der Junker ausführt wie Herr von Papen. Die Leiharbeiter und Genossen von ADGB können jetzt sehen, wie der „soziale General“ Schleicher „seine Worte in die Tat umsetzt“. Ob die ADGB-Führer dabei

immer noch an der Parole „Abwarten“ festhalten? Für die Arbeiterklasse kann es hier ganz gewiß kein Abwarten, sondern nur Kampf mit allen Mitteln geben.

### Reichstag friß oder stirb

Die von der Kommunistischen Partei beantragte Einberufung des Reichstages zum 29. Dezember und eine dem vorausgehende Sitzung des Aeltestenrats ist vom Reichstagspräsidenten Goering abgelehnt worden. Der Aeltestenrat ist zum 4. Januar einberufen, und man rechnet mit einer eventuellen Reichstags-einberufung frühestens für den 9. Januar. Die Einberufung des Reichstages im Januar ist jedoch überhaupt sehr fraglich und hängt ganz von den zurzeit stattfindenden Verhandlungen der Führer der nationalsozialistischen und bürgerlichen Parteien mit der Schleicher-Regierung ab.

Die Regierung hat schon in der Presse verlauten lassen, daß sie gesonnen ist, eventuell den Reichstag einfach durch Notverordnung festzulegen. Weiter droht das Schleicher-Kabinett, daß es bei einer Reichstags-einberufung auf einer schnellen politischen Klärung bestehen werde. Der Reichstag hätte bedingungslos alle Maßnahmen der Regierung, vor allem auch die neuen Verordnungen über die Fett-, Butter- und Margarineverteilung zu schlucken andernfalls würde er sofort aufgelöst.

Man sieht, je länger Herr Schleicher regiert, desto mehr erweisen sich seine „sozialen“ Redensarten als Seifenblasen. Uebrig bleibt nur die Fortsetzung der rücksichtslosen Diktaturpolitik des Herrenklubs, wie sie schon Herr von Papen ein halbes Jahr geübt hat.

## Hunger-Statistik

### Fleischverbrauch um 27% gesunken — trotz niedrigster Preise

Der Fleischverzehr in Deutschland hatte sich bis Mitte des laufenden Jahres noch auf Vorjahresniveau gehalten, er blieb auch kaum hinter dem des besten Absatzjahres 1927 zurück. Im dritten Jahresviertel zeigte sich ein langsames Absinken der Verbrauchsziffer unter die gleiche Zeitspanne des Vorjahres. Der Pro-Kopf-Verzehr nahm auf 10,9 kg ab gegen 11,8 kg im zweiten Quartal 1932 und gleichfalls 11,8 kg im dritten Quartal 1931. Während der letzten Monate des Jahres pflegt der Fleischverbrauch saisonmäßig zu steigen. Diesmal hat sich die Tendenz jedoch umgekehrt entwickelt und die Pro-Kopf-Quote sank auf 10,5 kg (nach 10,9 kg im dritten Quartal). Dementsprechend vergrößerte sich auch die Spanne zu den Vergleichsziffern früherer Jahre ziemlich erheblich: im vierten Quartal 1931 wurden z. B. noch 14,2 kg je Einwohner konsumiert.

Der Fleischverbrauch bleibt also gegenüber 1931 jetzt um rund 27 Proz. zurück!

Die Konstanz des Fleischverbrauchs erklärte sich bisher aus den hohen Beständen an Schlachtvieh, vor allem an Schweinen. Die schlachtreifen Bestände konnten jedoch nur bei stark sinkenden Preisen Aufnahme finden, so daß die Notierungen für das Vieh bis Mitte 1932 ein Niveau erreichten, das während des zwanzigsten Jahrhunderts noch nicht zu verzeichnen war. Im Juli 1932 war der Großhandelspreis für Schlachtvieh bereits auf 66,7 Prozent des Vorkriegsstandes abgesunken. Nach einer leichten Befestigung im August sind die Preise sogar langsam weiter gefallen und erreichten mit 63,5 Prozent im November einen neuen Tiefstand. Da die schrumpfende Kaufkraft

jetzt nicht mehr in dem Maße wie in den Vorjahren durch weitere Preisgeständnisse der Produzenten eskomptiert werden kann, sinkt jetzt die Verbrauchsmenge.

Diese Zahlen zeigen das ganze Elend der Arbeitermassen und — der Kleinbauern. Zwar sind die Kleinhandelspreise für Fleisch relativ längst nicht so niedrig gegen den Vorkriegsstand wie die Großhandelspreise (63,5 Proz.), die allein für den produzierenden Landwirt in Frage kommen. Der Zwischenhandel steckt heute viel mehr ein als in der Vorkriegszeit.

Auf jeden Fall aber zeigt es sich, daß der Arbeiter kein Fleisch mehr kaufen kann und daß der in erster Linie Fleisch produzierende Kleinbauer für seine Produkte kaum mehr als die Hälfte der Vorkriegspreise bekommt.

Angesichts dieser Tatsachen ist die jetzt wieder im Gange befindliche Zollerhöhung für Fleisch, Fett usw. mit der man den Kleinbauern ködern will, keine Hilfe, sondern neuer Schaden für den Kleinbauern. Was nützen ihm hohe Einfuhrzölle, wenn die Masse kein Geld zum Kaufen hat!

Es bedeutet, daß der Kleinbauer seine Produkte noch weniger los wird und der Arbeiter noch mehr hungert.

Darum müssen Arbeiter und Kleinbauern zusammen kämpfen für den Sturz dieser wahnsinnigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und für Errichtung des Sozialismus.

## Schafft wirkliche Winterhilfe!

Wieder ist ein Winterhilfsprogramm großzügig angekündigt worden. Wieder brachte es für alle die, die noch etwas davon erwarteten, eine schwere Enttäuschung. 37 Millionen bei einer Erwerbslosenzahl von 6 Millionen, zu denen noch die Familienangehörigen und die Wohlfahrtsempfänger kommen, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein paar Pfund Fleisch werden um Pfennige billiger abgegeben, zwei Zentner Kohlen werden zugeteilt, das ist alles. Das kann natürlich eine Linderung der unerträglichen Not nicht bringen, in der sich große Schichten der Bevölkerung befinden.

„Es ist kein Geld da.“ Das ist das Argument, das wir nun schon so oft gehört haben. Man ist es schon bald gewöhnt. Für die Bankensanierung war Geld da, etwa der zwanzigfache Betrag als jetzt für die Winterhilfe; für die Subventionen war Geld da, man weiß nicht, wieviel; für die Osthilfe war Geld da, für die Roggenstützung auch; für Panzerkreuzer ist es auch da. Aber sobald denen geholfen werden soll, die wirklich Not leiden, ist kein Geld da. Da ändert sich auch nichts, wenn ein „sozialer General“ die Leitung der Regierungsgeschäfte übernimmt.

Nun gut, es ist kein Geld da. Und trotzdem ist es möglich zu helfen, wenn man nur will. Die Proleten wollen ja schließlich kein Geld. Sie wollen Kohle und Brot. Beides ist da, ist sogar im Ueberfluß vorhanden. Wir haben ja Ueberproduktion. Auf den Halden liegen riesige Berge Kohle und können nicht verkauft werden. Nun ist es ja nach den bürgerlichen Rechts- und Moralbegriffen so, daß niemand das Recht hat, seine Stube zu heizen, wenn er nicht die Kohle bezahlen kann, auch wenn diese in noch so großen Bergen auf den Halden liegt und verwittert. Aber die Kohle, die da liegt, ist ja eigentlich aus den Mitteln der Steuerzahler schon längst bezahlt. Sie ist vielleicht schon mehr als einmal bezahlt.

Einmal ist sie bezahlt durch die Subventionen, die das Reich ja doch niemals wiedersehen wird. Dann ist sie bezahlt durch die Bankensanierung, in der das Reich die faulen Forderungen an die Industrie übernehmen mußte und für deren endgültige Abschreibung an das Reich jetzt die „Refiko“ mit Reichsmitteln geschaffen wurde. Sie ist also bezahlt und da gibt es keinen Grund, sie den Steuerzahlern vorzuenthalten. Das Reich kann die Ablieferung der auf den Halden liegenden Kohle in Anrechnung auf die Subventionen verlangen und hat dann die Möglichkeit, eine wirkliche Winterhilfe durchzuführen und wirklich die Not zu lindern. In Deutschland brauchte niemand zu frieren. Es ist bedeutend mehr Kohle da, als jemals für den Hausbrand gebraucht wird. Und außerdem würde eine solche Verwendung die Halden lichten, die Ueberproduktion beseitigen und Luft schaffen für neue Arbeit.

Noch eindeutiger liegen die Dinge beim Getreide. Hier hat die Regierung große Mengen angekauft, um die Preise zu stützen und der Landwirtschaft ausreichende Preise zu sichern, die jetzt vier- bis fünfmal so hoch sind, als in der ganzen Welt. Was soll nun mit diesen Getreidemengen geschehen? Sollen sie wieder eosiniert werden, d. h. durch Zusatz von Farbstoff für den menschlichen Genuß unbrauchbar gemacht werden, wie es in früheren Jahren gewesen ist? Sollen sie wieder weit unter Einkaufspreis an das Ausland verschleudert werden, während im

Inland die Volksgesundheit durch Not und Elend untergraben wird? Verspricht man sich davon die Enttötung der Jugend, daß man die Kinder hungern läßt? Heraus mit den von der Regierung aufgekauften Getreidemengen. Das gibt billigen Brot für die Winterhilfe.

Man sieht also, die Möglichkeit ist da, um zu helfen. Und das muß in auch so sein. Die Kohle ist doch nicht verschwunden, das Getreide ist doch geblieben. Wir hatten doch eine gute Rente. Es ist aber kaum zu erwarten, daß ein „sozialer General“ eine wirkliche Hilfe bringt, wenn nicht das Praetorium selber seine Sache in die Hand nimmt und das erkämpft, was die Bourgeoisie niemals freiwillig hergibt.

M. Pupko.

### Brolat verhaftet

Der durch den Sklarekprozeß, durch seine 72 000 Mark Jahresgehalt und durch seine seidenen Hemden für 86 Mark pro Stück berühmt gewordene ehemalige BVG-Direktor Brolat ist am 27. Dezember in Haft genommen worden. Gegen Brolat schwebt seit langem ein Meineidsverfahren. Er soll als Zeuge im Sklarekprozeß wie auch bei dem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren unter Eid falsche Aussagen gemacht haben. Er war deshalb zu einer Vernehmung beim Untersuchungsrichter vorgeladen und wurde dort sofort wegen Fluchtverdacht in Haft genommen.

Brolat hat der SPD schon viel Sorgen gemacht. Aber, wie das in der SPD gegenüber prominenten Führern üblich ist, wurde er trotz aller dunklen Schiebgängen immer wieder gedeckt und verteidigt. Auch jetzt ist der „Vorwärts“ entrüstet darüber, daß Brolat, bei dem absolut kein Fluchtverdacht vorliegt, wegen Fluchtverdacht in Haft genommen wurde. Aber offensichtlich glaubt auch die SPDFührung nicht mehr an die Rettung von Brolat, denn im „Vorwärts“ wird jetzt schon geschrieben, daß es sich bei Brolat „höchstens um einen fahrlässigen Falschheid handeln könne“. Die Chancen für Brolat müssen also sehr schlecht stehen.

Für die Arbeiterbewegung wäre es von größtem Nutzen gewesen, wenn dieser korrupte Schieber längst mit Schimpf und Schande ausgeschlossen worden wäre, denn sein Fall hat viel Verwirrung in die Arbeitermassen getragen und der demagogischen Naziagitation außergewöhnliche Dienste geleistet. Daß Brolat von der SPD trotzdem gehalten wurde, zeugt von der bürgerlichen Versumpfung dieser Partei.

Das honette Bürgertum und die Nazis aber haben gar keine Veranlassung, sich in moralischer Entrüstung zu ergehen. Brolat ist zwar aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen, aber er ist ein Produkt des bürgerlichen Korruptionssumpfes, er ist ein ebenbürtiger Kumpan der Lahusen, Katzenellenbogen und vielen hunderten anderen bürgerlichen und nationalsozialistischen „Ehrenmännern“.

### Schehr freigelassen

Berlin, 27. Dezember.

CNB. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schehr, der am 19. Dezember in Berlin festgenommen worden war, ist aus der Haft entlassen worden, weil die ihm zur Last gelegte Straftat unter die vom Reichstag beschlossene Amnestie fällt. Auch die mit ihm verhaftete Kommunistin Frau Bohn ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Freilassung Schehrs ist einfach eine Selbstverständlichkeit. Damit ist aber der Skandal seiner Verhaftung, die unter Bruch der Immunitätsrechte erfolgte, nicht aus der Welt geschafft.

### Neuer Nazi-Überfall in Berlin

Berlin, 28. Dezember.

CNB. Zwischen mehreren Nationalsozialisten und Kommunisten entstand in der Nacht zum Mittwoch vor einem NSDAP-Lokal im Nordosten der Stadt eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Drei Nationalsozialisten wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei durchsuchte ein kommunistisches Verkehrslokal (!) und mehrere Häuser und nahm 60 Personen fest.

Später versuchten Anhänger der NSDAP einkommunistisches Verkehrslokal im Norden Berlins zu stürmen. Sie warfen durch die offene Tür einen Sprengkörper, durch den aber niemand verletzt wurde. Fünf Nationalsozialisten und sechs Kommunisten wurden festgenommen.

### Kleine Nachrichten

Dr. Yen Botschafter in Moskau

Nanking, 27. Dezember.

Der Führer der chinesischen Delegation in Genf, Dr. Yen, ist zum Botschafter in Moskau ernannt worden.

Zahlungseinschränkung südslawischer Banken

Belgrad, 27. Dezember.

Eine heute im Amtsblatt veröffentlichte Verordnung des Ministerrates ermächtigt Banken mit aktiver Zahlungsbilanz, die vorübergehend mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, Auszahlungen auf Sparkassenkonten oder für laufende Rechnung einzuschränken. Die Verordnung wird ein Jahr lang in Kraft bleiben.

## „Strenge Opposition“

### SPD-Demagogie mit verteilten Rollen

Unter der Heberschrift „Strenge Opposition“ berichtet der „Vorwärts“ vom 27. Dezember, daß Rudi Breitscheid im „Populaire“ einen Artikel veröffentlichte, „in dem er die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Schleicher darlegt“. Breitscheid verhält sich in dem Artikel — immer noch dem „Vorwärts“ — gegen die Meinung im Ausland, „als ob sich die SPD mit dem Kabinett Schleicher und daß die Reichsregierung von der SPD gestützt oder auch nur geduldet werde, abfinden würde. In Wirklichkeit nehme die deutsche Sozialdemokratie eine streng oppositionnelle Haltung (II) ein.“

Wie aber diese „strenge Opposition“ aussieht, das zeigt die Haltung der SPD-Führung gegenüber der bekannten Stellungnahme Leiparts der abwarten will, „ob die Taten der Regierung ihren Worten entsprechen werden.“ Von der gesamten Presse wurde diese Stellungnahme des ADGB-Vorsitzenden mit Recht als offene Tolerierung Schleichers gewertet. Der „Vorwärts“ in seiner „strengen Opposition“ stellt sich aber in seiner Ausgabe vom 23. Dezember vollkommen hinter Leipart, indem er jede Differenz zwischen SPD- und ADGB-Führung ausdrücklich als Phantasieprodukt kommunistischer und bürgerlicher Zeitungen bezeichnet und dazu schreibt:

„Das Wort „Abwarten“ hat im Munde eines Gewerkschaftsführers eine ganz andere Bedeutung als im Munde eines Parteiführers. Wenn ein Parteiführer einer Regierung gegenüber von Abwarten spricht, so kann man daraus schließen, daß er sich bis auf Weiteres aller oppositionellen Handlungen enthalten und die Regierung „tolerieren“ wolle.“

Die Gewerkschaften sind aber keine Regierungspartei, kein Tolerierungsapparat und keine Oppositionspartei, denn sie sind überhaupt keine Partei. Die Führung des Kampfes gegen die Regierung ist Sache der Sozialdemokratischen Partei (herrliche Zeiten für Schleicher!). Auf dem Felde der Politik können die Gewerkschaften überhaupt nichts anderes tun als abwarten, es sei denn, sie wollen mit einem Generalstreik dazwischen fahren.“

Diese Demagogie zur Täuschung der Arbeitermassen ist eine Gipfelleistung der SPD. Sie ist aber doch zu plump und zeigt deutlich, daß hier mit verteilten Rollen gespielt wird. Leipart und mit ihm alle ADGB-Führer sind die prominentesten Mitglieder der SPD-Führung. Wenn sie die Parole ausgeben

„abwarten“, d. h. selbst nach den Worten des „Vorwärts“ nichts anderes als Schleicher tolerieren, dann wird er faktisch auch von der SPD toleriert. Die ganze „strenge SPD-Opposition“ hat daher keinen anderen Zweck als den Arbeitern „schärfsten Kampf gegen Schleicher“ vorzutäuschen, indem gelegentlich schematische Reden gehalten und Anträge im Parlament gestellt werden. Aber da, wo heute die einzige Wirkungsmöglichkeit der Arbeiter liegt, auf dem außerparlamentarischen Kampfplatz, da wird durch den Mund von Leipart „abwarten“ gepredigt und auch dementsprechend gehandelt, d. h. alles vermieden, was der Regierung Schleicher Schwierigkeiten machen könnte.

Diese Doppelzüngigkeit ist umso demagogischer, als der „radikale“ Breitscheid in seinem Artikel im „Populaire“ auseinandersetzt, daß Schleicher zwar geschickter wäre als Papen, jedoch „übernehme er das Wirtschaftsprogramm seines Vorgängers“, und das bedeute, daß er nicht einmal (!) auf die kapitalistische Lösung verzichte, die sein Vorgänger angestrebt habe. General v. Schleicher sei zwar nicht aus demselben Holze geschnitten wie der ehemalige Reichskanzler v. Papen, das Holz stamme aber aus demselben Walde.“ Wenn Worte einen Sinn haben, so will Breitscheid hier wenigstens sagen, daß das Programm, also die Worte Schleichers nichts anderes bedeuten als die Fortsetzung der stockreaktionären faschistisch-kapitalistischen Politik des Herrn von Papen.

Leipart aber sagt: „Die deutschen Gewerkschaften werden zunächst abwarten, ob die Taten der Regierung ihren Worten entsprechen werden.“ Will nun Leipart abwarten, bis die Regierung Schleicher ihre faschistisch-kapitalistische Politik durchgeführt hat, oder — und das trifft doch wohl zu — will er der Welt vortäuschen, daß das Programm des „sozialen Generals“ eben ein ganz anderes als das des Herrn v. Papen ist, und daß man daher auf diese „sozialen“ Taten warten könne?

Doch zwischen Leipart und Breitscheid besteht keinerlei Unterschied. Wer das etwa behauptet, der „urteilt oberflächlich und dreht absichtlich“ sagt der „Vorwärts“.

Wir glauben auch, daß zwischen beiden kein Unterschied besteht, sie sind sich im Tolerieren von Schleicher wie im Täuschen der Arbeitermassen einig, allerdings mit verschiedenen Methoden und verteilten Rollen.

## Wach- und Schließgesellschaft Hitler & Co.

### Die neueste Methode zur Bewaffnung und Finanzierung der SA

Die mit großem Aufwand betriebenen Wahlen haben die Kassen der NSDAP arg mitgenommen und die Ausgleichung des Mankos gelingt ihnen schlecht, zumal die Geldgeber teils durch Stimmenrückgang, teils durch die politische Haltung Hitlers die Wähler arg verschuppt sind. Da die finanziellen Quellen nun nicht mehr so fließen, wie es zur Aufrechterhaltung seines gewaltigen Parteiapparates notwendig wäre, muß sich Hitler nach anderen Möglichkeiten umsehen. Die größten Sorgen scheint ihm die SA und die SS zu machen. Diese Parteiarmee verschlingt schon Unsummen, und mancher arbeitslose Angestellte und Prolet liebt sich nur dadurch verleiten, den Dreh mitzumachen, weil er sich ein paar Groschen verdienen wollte. Das Versprechen, daß die SA und die SS später, nach der Machtübernahme, als Miliz in den Staatsdienst treten sollte, tat das übrige. Bei vielen sind diese Illusionen verfliegen. Die SA droht auseinander zu laufen, sie bekommen Langeweile, da der Termin zum Losschlagen immer wieder verschoben wird.

Aber Hitler sorgt für geeignete Beschäftigung. Er verdingt die SA gelegentlich als Streikbrecher bei den Pgs. Gutsbesitzern, er läßt sie als Werkspolizei für die Industrie ausbilden.

Das Neueste ist allerdings die Gründung von Wach- und Schließgesellschaften, die sich aus SA- und SS-Leuten rekrutieren.

Bereits vor einiger Zeit ging durch die Presse die Meldung von der Existenz solcher Unternehmen in München. Nunmehr wird bekannt, daß man auch in Essen und anderen Städten des Ruhrgebietes die Aufziehung derartiger Gesellschaften beabsichtigt. Dieses ist nicht gerade der dümmste Versuch, Hitler seine Militärorganisationen wieder neu zu stabilisieren. Er schlägt damit sogar auf einmal drei Fliegen mit einer Klappe. Er schafft sich zum guten Teil die beschwerliche Finanzierung vom Leibe, er gibt ihnen ein geeignetes Betätigungsfeld, und es gelingt ihm, auf legalem Wege seine Mordbanden zu bewaffnen.

Seit einiger Zeit patrouillieren im vornehmen Viertel der Stadt Essen uniformierte mit Gummiknüppeln und Pistolen bewaffnete Leute herum.

Es sind dieses die Angehörigen des neuen Überwachungsdienstes. In den Wohnungen der Bourgeoisie tauchen Agenten auf, die für das neue Unternehmen werben. Gegen entsprechendes Entgelt verpflichtet sich die Gesellschaft, die Wohnungen der Abonnenten sowie deren Familienangehörige zu bewachen.

Bei den immer unsicherer werdenden Zeiten wird sich in diesen Kreisen wohl noch mancher finden, der einen Batzen Geld für die Bewachung seiner Person und seines Eigentums locker macht. Vielleicht ist ihm auch bewußt, daß er auf Umwegen einem „guten Zweck“ dient.

Aber die Werber warten noch mit einer besonderen Attraktion auf. Sie erklären, die Bewachungsgesellschaft bestände aus von Hamburg nach Essen versetzten Polizeibeamten. Sie bemerken ausdrücklich, daß die Gesellschaft unter Leitung eines Polizeimajors stehe. Tatsächlich tragen sie Empfehlungsschreiben des Oberleutnants „von Zanitz“ von der Essener Schupo bei sich.

Es dürfte recht unglaubwürdig erscheinen, daß die preußische Polizei ihre Beamten für derartige private Dienste beurlauben würde. Andererseits dürfte für die Polizeibeamten wenig Anreiz vorhanden sein, den Staatsdienst zu quittieren, um Nachtwächter zu werden. Viel näher liegt die Vermutung, daß man versucht, die Öffentlichkeit durch derartige Flunkereien über diese neue Spielart der SA zu täuschen. Beachtenswert ist aber dabei, daß sich leitende Stellen der Polizei dazu hergeben können. Wie dem auch sei, die Arbeiterschaft hat allen Grund, die Augen offen zu halten gegenüber solchen Versuchen, Hitlers Privatarmee auf Umwegen legal zu bewaffnen und mit Polizeifunktionen auszustatten. d. m.

### Zum SA-Fememord Begünstigung der Täter durch die Polizei

Zu der Aufdeckung des Nazi-Fememordes in Dresden wird uns geschrieben:

Durch die Auffindung der Leiche bestätigt sich die Vermutung, daß hier ein nationalsozialistischer Fememord vorliegt. Der ermordete Hentzsch war in der Nazi-Fabrik beschäftigt, die die Sturm-Zigaretten herstellt und gehörte der SA an. Am 4. Dezember wurde er von seinem Gruppenführer in das nationalsozialistische Verkehrslokal nach Dresden-Strehlen zu nächstlicher Stunde bestellt und war seither verschwunden. Ein Freund von Hentzsch, hat, beunruhigt von dessen Verschwinden, am 7. Dezember Anzeige bei der Polizei erstattet. Als sich daraufhin der Verdacht auf den Gruppenführer und zwei andere SA-Leute richtete, verschwanden diese drei auf seltsame Weise.

Das bisher durchgeführte Untersuchungsverfahren läßt die Vermutung zu, daß der die Untersuchung führende Kriminalbeamte selbst ein Nazi ist. Denn mit einer sonst nicht zu begreifenden Sorglosigkeit hat er die Täter antwischen lassen, als er mit ihnen nach Tharandt fuhr, wo sie sich angeblich die Erlaubnis zu Zeugnisaussagen von einem Nazi-bonzen holen wollten, um aber in Wirklichkeit durch eine Hintertür zu verschwinden.

Das Befremdlichste an dem ganzen Verfahren ist jedoch, daß die Kriminalpolizei, trotz dieser trüben Erfahrung an ihrer Theorie festhielt, daß es sich bei dem Verschwinden Hentzsch' möglicherweise um gar kein Verbrechen handle und daß schon eines Tages die Sache eine harmlose Aufklärung finden werde. Den Nazis konnte eine solche Einstellung der Kriminalpolizei natürlich nur recht sein und sie bemühten sich, durch Andeutungen über einen Spezialauftrag Hentzsch' diese Auffassung zu stützen. Der Leichenfund hat Klarheit über den wahren Sachverhalt geschaffen und es muß nun verlangt werden, daß der Fall Hentzsch restlose Aufklärung findet, damit die Mordbuben in den Reihen der Nazis in aller Öffentlichkeit festgestellt werden.

Wie aus Dresden noch gemeldet wird, haben die Untersuchungen ergeben, daß Hentzsch an einem dritten Ort ermordet wurde. Seine Leiche ist dann zur Talperre Malter gefahren und dort von der 15 Meter hohen Brücke ins Wasser geworfen worden.

### Neuer SA-Fememordanschlag

Stolberg (Kr. Landsberg), 27. Dez.

CNB. In der vergangenen Nacht wurde vor dem Hause des ehemaligen Anstaltsbeamten Bernebee-Jay ein Bombenattentat verübt. Die Bombe explodierte unter dem Raum, den die Eheleute Bernebee-Jay noch vor einigen Tagen als Schlafzimmer gebraucht hatten. Die Fenster wurden vollständig zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Bisher wurden in dieser Angelegenheit drei Mitglieder der NSDAP verhaftet. Wie es heißt, gehörte Bernebee-Jay bis vor kurzem der NSDAP an. Er war dann ausgeschlossen und hatte sich der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung angeschlossen. Ueber die NSDAP soll er sich abfällig geäußert haben.

### Heul Hitler!

Hitler hat auf die von uns gestern wiedergegebenen Veröffentlichungen Otto Strassers in der „Schwarzen Front“ über die Heul-Szene im Reichstag damit geantwortet, daß er der Schriftleitung der „Schwarzen Front“ eine Berichtigung zugehen ließ. Otto Strasser als Herausgeber der Wochenzeitung teilte der Öffentlichkeit daraufhin mit, daß er nicht daran denke, die Berichtigungen zu bringen, sondern im Gegenteil die Vorgänge in der Reichstagsfraktion, in der von uns angezogenen Weise, in den nächsten 4 Nummern wiederholen werde. Er erklärt ferner, daß es ihm darauf ankomme, einen Monstre-Prozeß zu provozieren, um dadurch die innerliche Verlogenheit der Hitler-Partei unter Beweis zu stellen.

Wir als die staunenden Zeitgenossen werden also noch mit allerhand interessanten Einzelheiten in der nächsten Zukunft rechnen können. Politisch gesehen, bedeutet jedoch dieser Vorgang, daß die innerliche Hohlheit der Hitler-Partei vor aller Öffentlichkeit festgestellt wird und damit breite Massen eine Illusion zerstört bekommen. Unsere Aufgabe ist es, den Klärungs- und Revolutionierungsprozeß auszunützen bzw. weiter zu treiben. Denn der Nationalsozialismus muß sterben, wenn die Proletarier-Revolution leben soll!

## Blutige Weihnachten in Sofia

CNB. Ein Anhänger der extremen Mazedoniergruppe Michailow hat gestern vor dem Kriegsgericht einen Anhänger der gegnerischen Protogerow-Gruppe erschossen. Der Täter wurde festgenommen. Er gab an, den Mord auf Befehl des revolutionären Gerichtshofes von Saloniki ausgeführt zu haben.

Am selben Tage ereignete sich eine zweite Bluttat. Zwischen dem Kavallerieleutnant Similonoff und dem Advokaten Dimitroff kam es auf einer Gezellschaft zu einer Streitigkeit, in deren Verlauf der Advokat durch Sabelhiebe verletzt wurde. Der Leutnant wurde verhaftet, aber in den Morgenstunden wieder freigelassen. Unmittelbar darauf begegnete ihm der Bruder des verwundeten Advokaten, der ebenfalls Offizier ist. Nach kurzem Wortwechsel gab er auf Leutnant Similonoff mehrere Schüsse ab, die ihn sofort töteten. Der Mörder übergab dann einem gerade des Weges kommenden Oberleutnant seinen Revolver

und stellte sich dann bei seiner vorgesetzten Behörde.

### Kabinettskrise in Bulgarien

WTB. Die heutige Sitzung der Sorbanie wurde kurz nach der Eröffnung wieder geschlossen, da ein wichtiger Ministerrat einberufen wurde, der die von den Vertretern der Landwirte im Kabinett aufgestellten Forderungen prüfen sollte. Diese Forderungen, die ihren Hauptvertreter in dem Landwirtschaftsminister Ghitscheff haben, zielen auf einen stärkeren Anteil der Landwirtepartei in der Regierung ab. Nach Beendigung des Ministerrats erklärte Ministerpräsident Muschanoff, die drei Minister der Landwirtepartei hätten ihre Demission eingereicht; das werde die Gesamtdemission des Kabinetts nach sich ziehen, die morgen dem König übermittelt werde.

# Die Brieger Erwerbslosen

## und die Sabotage der Winterhilfe durch die SPD

In der „SAZ“ vom 17. Dezember hatten wir in dem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung in Brieg schon im einzelnen aufgezeigt, in welcher frivolen Weise die SPD-Fraktion einen Antrag des freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschusses zur Winterhilfe regelrecht sabotierte, indem sie statt des Antrages mit den entsprechenden Deckungsvorschlägen nur eine Anfrage an den Magistrat stellte. Die SPD-Fraktion war, als sie den Auftrag zur Einreichung des Antrages vom Ortsausschuß des ADGB erhielt, 14 Mann stark. SAP und KPD hatten nur ein Mandat, konnten also den Antrag vor der Sitzung nicht einreichen. Der SPD-Fraktion gehören mehrere Gewerkschaftler an, die in der Ortsausschußsitzung für Einreichung des Antrages stimmten, darunter der Stadtverordnete Madei. In ihrer Fraktion versagten alle gegenüber ihrem Parteiführer, Redakteur, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender Pieterok, kläglich und entschieden sich für die Anfrage. Damit war praktisch die Sache der Erwerbslosen von vornherein verloren. Da am Tage der Stadtverordnetenversammlung der Genosse Deumlich von der SPD zur SAP übertrat, brachten wir mit dem KPD-Genossen, nachdem auf den Einspruch des Magistrats, der sich auf die Notverordnung vom 2. November 1932 stützte, eine Aussprache über die Anfrage nicht zugelassen wurde, trotzdem die Mehrheit der Stadtverordneten diese wünschte, die Forderungen der Erwerbslosen und der freien Gewerkschaften sofort als Dringlichkeitsantrag ein. Die Deckungsvorschläge dazu wollten wir der kurzen Zeit wegen mündlich machen. Der Vorsteher ließ aber eine Abstimmung über die Dringlichkeit gar nicht zu und schloß kurzerhand die öffentliche Sitzung.

Der Erwerbslosen in der Stadt bemächtigte sich über diese skandalöse Haltung der SPD-Fraktion eine ungemein starke Erregung. Kam es schon im Sitzungsaal zu einem großen Tumult auf der Tribüne, so stieg diese Stimmung selbst unter den SPD-Arbeitern in den freien Gewerkschaften zum spontanen Ausbruch. Was machte aber schnell Pieterok in seiner „Volkszeitung“? Nach der Methode „Halte den Dieb“ schrieb er über seinen Bericht in knalliger Ueberschrift:

„Bedankt auch, Proleten! Kommunistische, sapistische Taktiker bringen Wohlfahrts-erwerbslose um die Weihnachtsbeihilfe!“

Aus seinem weiteren konfusen Geschreibsel sei aber nur eine Stelle festgehalten, die die lügenhafte Ueberschrift kennzeichnet. Da heißt es:

„Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in der Erkenntnis, daß ein Antrag auf Weihnachtsbeihilfe in der Stadtverordneten - Sitzung vollkommen zwecklos wäre, Arbeitszeit und Papier verschwendet würde, eine große Anfrage an den Magistrat gerichtet, deren Behandlung in der Sitzung Gelegenheit geben konnte, die Wünsche der Hilfsbedürftigen vorzutragen.“

Um die ganze Sache einmal vor den Brieger Erwerbslosen aufzurollen, veranstaltete der Erwerbslosenausschuß in der vorigen Woche eine Erwerbslosenversammlung, in der je ein Stadtverordneter der SPD, SAP und KPD sprechen sollte. Der Saal des Wintergartens war von 500 bis 600, zum größten Teil freigewerkschaftlichen Erwerbs-

Kirche und Generäle waren stets Bundesgenossen. Die Kirche predigt „Demut“ und „Geduld“.

Die Generäle wachen über diese „Demut“, gestützt auf die Bajonette.

Soll dieser Zustand ewig dauern? Nein! Darum hinaus aus der Kirche!

Dein Weg sei heute noch nach Zimmer 260 des Amtsgerichts. Laßt euch nicht abweisen! Wenn Austritt nicht bis zum 31. Dezember vorgenommen, keine Befreiung von der Kirchensteuer für 1933.

Opposition im DFV.  
SAP und KPO, SSB und SAH.

losen gefüllt. Von der KPD und auch von der SPD war anfänglich kein Redner anwesend. Während des sachlichen die Dinge in streng wahrheitsgemäßer Form schildern den Referats unseres Genossen Deumlich, der auch die Funktion des Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB bekleidet, kam der SPD-Fraktionsführer Pieterok in den Saal. Sein Parteifreund Madei das letzte Paradeferd im Stalle der Brieger SPD, der Verbindungsmann zwischen Partei und Gewerkschaften dem die hohe Aufgabe zuteil geworden ist, den Einfluß der SAP in der Brieger Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln zurückzudrängen, der als Redner der SPD in mißlichen Lagen eigentlich auch für diese Versammlung vorgesehen war, hatte es vorgezogen, sich trotz bester Gesundheit krank zu melden. Er war so klug, das Ausläßeln der Suppe, die Pieterok seiner Partei eingebracht hatte, diesem selbst zu überlassen. Und jeder sah es Pieterok an, daß es ihm wohl leichter fällt von seinem „Redaktions-sessel“ aus unbehindert seinen Kohl zu verzapfen, als Rede und Antwort vor den Proleten selbst zu stehen. Erst durch Zurufe aus der Versammlung heraus aufgefordert, bestieg er die Rednerbühne. Seine Ausführungen hinterließen den kläglichen Eindruck eines Entschuldigungs-gestimmels und wurden oft

von den Zuhörern stürmisch unterbrochen. Pieterok ist der Meinung: Es genüge, wenn der Magistrat auf die Not der Erwerbslosen aufmerksam gemacht wird und wenn überhaupt einmal von dem ungeheuren Elend der Erwerbslosen gesprochen wird. Weiter glaubte er, den Erwerbslosen einiges von den Taten der Regierung Hermann Müller vor Augen zu führen. Als auch das nicht zog, mußte die Notverordnung vom 2. November, nach der bekanntlich die Gemeinden keine Ausgaben machen dürfen, die nicht im Haushaltsplan vorgesehen sind oder für die keine Deckung vorhanden ist Verantwortliche Kommunalpolitiker und

Sozialdemokraten, erklärte er wörtlich, müssen sich eben im Rahmen der Gesetze bewegen.

Er beendete seine Rede mit der Feststellung, daß seiner Ansicht nach Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher richtig gehandelt haben. — Stürmisches Gelächter war die Quittung der Versammlung auf diese Rede. In der Diskussion forderte ein Kommunist die Anwesenden auf, im Kampfe um die Rechte der Erwerbslosen nicht nachzulassen. Was machte aber Pieterok flugs in der „Volkszeitung“ daraus, er schrieb:

„Aber eines muß festgehalten werden. Diese Versammlung der Erwerbslosen war dazu bestimmt, in Radikalismus zu machen, und so konnte Günther von der KPD, ohne durch die Leitung gehindert zu werden, Propaganda für die RGO treiben. Wohl-gemerkt, in einer Versammlung, die von dem freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschuß einberufen wird, findet die RGO Gelegenheit, sich zu empfehlen und die freien Gewerkschaften herabzusetzen.“

Wir stellen demgegenüber fest und können durch Hunderte von Zeugen beweisen, daß an dieser Behauptung des „Volkszeitungs“-Redakteurs kein wahres Wort ist. Kein Mensch hat in der Versammlung ein Wort zur RGO gesagt, oder irgend etwas herausschreien können, was für sie sprechen könnte. Diese Lüge Pieteroks ist zu durchsichtig, als daß sie nicht sofort klar erkannt wird. Sie hat den Zweck, die Leitung des Erwerbslosenausschusses, in dem die SPD nicht die Führung besitzt, zu verleumdern und zu denunzieren. Dieser Erwerbslosenausschuß, der nicht im Interesse

einer Partei arbeitet, paßt diesen Bonzen schon lange nicht. Daß hier Pieterok eine Änderung im Sinne seiner Partei wünscht, eventuell unter Hilfeleistung der Gewerkschaftsinstanzen, geht auch aus den Schlüsseln seines Schwindelberichtes deutlich hervor:

„Das sollte den dem Ortsausschuß angeschlossenen Gewerkschaften Anlaß sein, sich über die Zweckmäßigkeit der Arbeit ihres Erwerbslosenausschusses zu informieren. Wir können uns denken (Er, ist auch W. D. R.), daß die Gewerkschaften, deren Kampforganisation die Eiserne Front ist, an dem Gelingen des vom Ortsausschuß eingesetzten Erwerbslosenausschusses (der sich aus gewählten Vertretern der Gewerkschaften zusammensetzt, D. R.) manches zu kritisieren finden werden.“

Es ist die höchste Zeit, daß die Gewerkschaften aus ihrer Isolierung durch die SPD herausgelöst werden. Sie haben es nicht notwendig, Anhängsel einer Partei zu sein, die ihrer geschichtlichen Rolle nicht mehr gerecht zu werden vermag. Das erkennen auch die freien Gewerkschaftler in Brieg immer mehr. In den Augen Pieteroks ist das eine schlimme Entwicklung, und noch schlimmer ist es, wenn sich in einer Versammlung freigewerkschaftlicher Erwerbsloser die SPD für ihre, dem Bürgertum nützende Haltung verantworten muß und — dabei blamiert bis auf die Knochen. Ein Erwerbsloser fragte Pieterok, wann die Notverordnung erscheint, die ihm das Schwindeln verbietet?

Nach den von unserem Genossen Deumlich gehaltenen Schlusssatzungen, die ebenso wie sein Referent den stärksten Beifall der Versammlung ernteten, teilte der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses mit, daß, wie Kollege Deumlich vorgeschlagen habe, der Antrag der Erwerbslosen an das Stadtparlament erneut gestellt wird.

Bezeichnend für die ganze geistige Verfassung der Brieger SPD ist es, daß die Stadtverordnete und Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Ida Wolf in der einen Tag vorher stattgefundenen Generalversammlung der Mitglieder der Eisernen Front unter Widerspruch den Antrag des EA bzw. die Art der Antragstellung als „idiotisch“ erklärte. Fast unglaublich, aber leider wahr. Zeugen stehen als Beweis hierfür genügend zur Verfügung. — Das ist SPD Brieg!

## Straßenbau in Breslau

Die außerordentlich günstigen Witterungsverhältnisse der letzten Wochen haben die Fertigstellung größerer Straßenbauten gestattet, die noch im Herbst in Angriff genommen worden waren.

Der Ausbau der Heinrich-von-Korn-Straße zwischen der Hindenburgbrücke und der Wichelhaus-Allee ist schon vor einiger Zeit vollendet worden. Die endgültige Aufteilung der Straße sieht hier zwei Richtungsfahrdämme mit dazwischenliegenden Straßenbahnkörper vor. Zunächst ist nur der nördliche Fahrdamm in 8 m Breite unter Belassung der vorhandenen Baumreihen hergestellt und mit Granitgroßpflaster in Zementfugenverguß befestigt worden. Für den Radfahrverkehr wurde ein weiterer Radfahrweg auf der Nordseite angeordnet. Die gegenwärtige Gleislage der Straßenbahn bleibt bis zum späteren Ausbau des südlichen Fahrdammes bestehen, der in absehbarer Zeit allerdings noch nicht durchgeführt werden dürfte.

Auf der Obernigker Landstraße ist am Eingang von Rosenthal zwischen dem Gutspark und der Gartenstraße der Straßenbau inzwischen auch beendet worden. Der Fahrdamm ist hier unter Inanspruchnahme des Gutsparkes auf 7,50 m verbreitert und mit beiderseitigen Radfahrwegen in der gleichen Weise versehen worden, wie es vor drei Jahren auf der Straße zwischen der Gartenstraße und dem Ausgang von Rosenthal geschehen ist. Die den Verkehr sehr störende Unübersichtlichkeit der S-Krümmung beim Gutspark ist beim Ausbau durch Streckung des Straßenzuges wesentlich verbessert worden. Auf der Westseite der Straße werden zwischen der Rosenthaler Brücke und dem Ausgang von Rosenthal Bäume gepflanzt werden.

Ende September wurde der Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße zwischen der Parkstraße und dem Grüneicher Weg (früher Dörnerdamm) begonnen und jetzt zu Ende geführt. Die Straßenbahn hat einen eigenen Bahnkörper auf der Seite des Parkes erhalten, der zu diesem Zweck auf eine Breite von 3,50 m angeschnitten worden ist. Der Straßenzug selbst ist 7,50 m breit und hat beiderseits Radfahrwege erhalten. Die Befestigung der Straßendecke ist in Kleinpflaster ausgeführt. Der restliche Teil vom Grüneicher Weg bis zum Finkenweg wird die neue Straßendecke im nächsten Jahre erhalten, da die in diesem Jahre zur Verfügung stehenden Mittel nicht zur Durchführung der Arbeiten auf der ganzen Strecke ausreichen. Wesentliche Verbesserungen der Straßenbahn sind auf der Straße Am Wäldchen zwischen der Rosenthaler und Schießwenderstraße und auf der Herzogstraße zwischen Lehmdamm und Gneisenau-Platz in den letzten Wochen ausgeführt worden. Hier ist das alte vorhandene Großpflaster umgelegt und mit Zementfugenverguß versehen worden. Damit werden die noch guten Pflastersteine

auf 25-30 Jahre erhalten, während sich in dem alten Zustand für die Pflasterdecke eine wesentlich kürzere Lebensdauer bei erheblichen Unterhaltungskosten ergeben hätte.

Für den Radfahrverkehr sind außer den schon erwähnten Radfahrwegen beim Ausbau der vorgenannten Straßen noch besondere Wege in Wilhelmshafen und Oswitz hergestellt worden. Der auf der Wilhelmshafener Straße vorhandene Fuß- und Radfahrweg hat am Gutshof Bartheln eine Fortsetzung durch das Gelände des Gutshofes nach dem Fahrweg auf dem Deich am Barthelner Wehr erhalten, so daß hierdurch ein erleichteter Zugang auch für die Radfahrer nach der Strachate gegeben ist.

Bei Oswitz ist der im Odervorland vorhandene Radfahrweg um Oswitz herum bis zum Anschluß an den nach der Schwedenschanze führenden Radfahrweg am Ausgang von Oswitz verlängert worden. Es ist vorgesehen, im nächsten Jahre im Anschluß an die weitere Durchführung der Kanalarbeiten zunächst zwischen der Endhaltestelle der Straßenbahn und dem Marktplatz besondere Radfahrwege herzustellen und gleichzeitig auch die Verbesserung der Straßendecken vorzunehmen.

## Der Fall Cohn

### Breslau erlangt traurige Berühmtheit

Selten hat ein Fall soviel Staub aufgewirbelt wie der des Prof. Cohn. Die Erklärung des Breslauer Senats, die ziemlich eindeutig eine Abberufung Cohns fordert, hat eine gegenteilige Wirkung — wie man sie eigentlich beabsichtigt hat — hervorgerufen. Die bürgerliche und linksbürgerliche Presse nimmt recht heftig Stellung für den Breslauer Professor.

Man beschäftigt sich in Leitartikeln mit der Angelegenheit und stellt fest, daß der Breslauer Senat dem „Druck der Straße auf der ganzen Linie nachgegeben“ hat, daß ein „Mangel an Zivilcourage“ vorliege, daß „an die Würde und Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen die Axt gelegt“ worden sei usw.

Wie immer man auch zu Cohn stehen möge, wir sind nicht seine Freunde, wir haben nicht die geringste Veranlassung ihn zu decken, so muß nochmals mit aller Schärfe wiederholt werden, daß hier eine Hochschulbehörde versucht, einen im „sozialen Geruch“ stehenden Professor (in Wirklichkeit ist ja Cohn streng national) zu beseitigen. Das befremdet um so mehr, da ja gerade der Senat der Breslauer Universität Vertreter des Nationalismus und Faschismus, wie etwa

## Drei gelungene Morgenfeiern

Die PKG veranstaltete am zweiten Weihnachtstagsfeierabend zwei Morgenveranstaltungen mit Film, Rezitationen und Chanson-Vorträgen von Marietta Lenz. Beide Lichtspielhäuser (Kristallpalast und Proleten) waren gut besetzt, der Kristallpalast sogar überfüllt. Alle Darbietungen wurden mit Beifall aufgenommen. Insbesondere fanden die von M. Lenz sehr wirkungsvoll vorgetragenen Zille-Lieder starken Anklang. In kurzen Ausführungen verwies Genosse Thelheim auf die tatsächliche Bedeutung dieses kirchlichen „Friedensfestes, das noch nie so im Zeichen des Klassengegensatzes stand, wie gerade dieses Jahr. Anschließend wurde der Film „Gassenhauer“ gespielt.

Außerdem fand um die gleiche Zeit im Zentraltheater, Westendstraße, eine Veranstaltung mit gleichem Programm statt, die so überfüllt war, daß Hunderte umkehren mußten. Genosse Kirstein hielt die Ansprache.

## Das muß anders werden

### Omnibus fährt im Nebel auf eine Mauer auf

Nachträglich wird uns von einem ständigen Fahrgast der Omnibus-Linie „Letzter Heller“-„Herrnprotsch“ mitgeteilt, daß am Weihnachtstage, also am 24., gegen 19.30 Uhr, ein Omnibus mit Anhänger an der Abzweigung der Pilsnitzer und Coseler Straße gegen eine Mauer gefahren ist, wobei drei Fahrgäste leichtere Verletzungen davontrugen.

Der Augenzeuge berichtet uns: „Es herrschte heftiger Nebel und der Fahrer, der die Strecke an dem Tage bereits mehrere Male gemacht hatte, war durch das anstrengende Fahren im Nebel mehr als übermüdet. Wie ich mich erinnern kann, war zu Beginn der Fahrt bekannt, daß der Fahrer Ablösung verlangt hatte. Daß man aber von Seiten der Verwaltung nicht darauf eingegangen war. So war es

## Wohin Silvester?

Natürlich nur zur Jahresschlussfeier „Was ist los“ in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße. Einlaß 20<sup>h</sup> Uhr, Beginn 21 Uhr. Karten nicht wie gestern angelegt 20 Pfg., sondern 25 u. 35 Pfg.

## Revue des Jahres

### Rede des Gen. Eckstein

auch schließlich nicht verwunderlich, daß wir auf die Mauer auffuhren.“

Die Schuld — und das sei hier nachdrücklich festgestellt — liegt nicht beim Fahrer, sondern einzig und allein bei der Verwaltung, die bei solch ungünstigen Sichtverhältnissen, wie sie durch den dichten Nebel hervorgerufen wurden, das Fahrpersonal in unverantwortlicher und leichtsinniger Weise die üblichen Dienststunden absitzen läßt, und nicht in kürzeren Zeitabschnitten als sonst Ablösungen vornimmt.

„Darüberhinaus dauerte es zwei Stunden, bis an der Unglücksstelle ein Ersatzwagen eintraf und die Fahrgäste weiterfahren konnten. Auch hier muß Abhilfe geschaffen werden. Es geht nicht an, daß die Gier nach Profit jegliche Vorsicht und jegliche Rücksicht gegenüber ihren Fahrgästen außer Acht läßt.“

Freitagsh-Loringhoven und Helfritz, an ihrer politischen Betätigung niemals gehindert haben.

Zu der ganzen Affäre meldet das Wolffsche Telegraphenbüro aus Berlin:

„Wie wir von unterrichteter preussischer Regierungsseite erfahren, ist der Breslauer Professor Cohn, gegen den, wie gemeldet, kürzlich Rektor und Senat der Breslauer Universität in einer Veröffentlichung Stellung genommen hatten, noch vor den Feiertagen auf eigenen Wunsch vom Reichskommissar für das Kultusministerium, Professor Kahler, zur Berichterstattung empfangen worden. Der Reichskommissar hat im Anschluß an diese Besprechung den Rektor der Universität Breslau, den Prorektor und den Dekan der juristischen Fakultät nach Berlin gebeten, um ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit kennenzulernen. Diese Besprechung wird voraussichtlich noch in den Universitäts-Weihnachtsferien, und zwar in der ersten Januarwoche, stattfinden.“

## SPD-Schüler bekommen Besuch

Bei ihrem letzten Heimabend im Studentenheim Messergasse erhielten die SPD-Schüler unerwarteten Besuch in Gestalt von etwa 25 Nazis. Die SPD-Schüler waren machtlos und mußten dulden, daß die Nazis, sämtlich Mitglieder des behördlich geförderten Nationalsozialistischen Schülerbundes, in ihrem eigenen Heim allerlei Unflut machten, Aktenmappen durchsuchten, Abzeichen abgerissen, Werbematerial zerfetzt, dabei besetzten sie die Tür und ließen keinen Menschen hinaus. Nach dem Abdrücken des Horst-Wessel-Liedes gelang es die Polizei zu benachrichtigen, sie konnte aber, weil die Nazis Schüttere stunden, am nächsten Morgen die Burschen feststellen. Es wurde beobachtet, daß sich der Nazi-Aufbauarbeiter Stöckgen besonders regen beteiligte, einer von den Herren, die linken Schülern

Die Rechtsberatung der „SAZ“ fällt heute aus.

gen mit Rollkommandos drohen. Würde die SPD-Schülergruppe sich nicht so ängstlich gegen andere Genossen abschließen, so bräuhete sie sich solche Frechheiten nicht gefallen zu lassen.

## Weihnachtsverkehr im Spiegel der Krise

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau gibt über den Weihnachtsreiseverkehr folgende Ziffern bekannt: Vom 19. bis 26. Dezember wurden am Breslauer Hauptbahnhof 61 100 Fahrkarten ausgegeben gegenüber 78 553 im Vorjahre, d. s. 17 453 weniger, am Freiburger Bahnhof 24 587 Fahrkarten gegenüber 38 428 im Vorjahre, d. s. 13 841 weniger.

Insgesamt wurden also 26,8 Prozent weniger Fahrkarten als im Vorjahre ausgegeben.

## Tödlicher Unglücksfall

Am 24. Dezember, gegen 23.30 Uhr, stürzte der 56jährige Arbeiter Hermann M. in einem Grundstück in der Willmonstraße die Kellertreppe hinunter. Er zog sich einen Schädelbruch zu und wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo er am 26. Dezember gestorben ist.

## Zeitkarten der Straßenbahn

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat Januar 1933 werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Sonnabend, den 31. Dezember 1932, und Montag, den 2. Januar 1933, ist die Verkaufsstelle Elisabethstraße 4 von 8—18 Uhr geöffnet.

## Durch leichtfertiges Hantieren mit einer Sprengpatrone verletzt

Sprottau, 27. Dezember.

In Ober-Leschen fand ein 21jähriger Arbeitsbursche beim Kohlenausladen eine Sprengpatrone. Er nahm sie mit nach Hause und hantierte trotz Warnung seiner Angehörigen an ihr herum. Es erfolgte eine Explosion, die dem jungen Mann die linke Hand zerriß und ihn auch im Gesicht und an der rechten Hand erheblich verletzte. Er mußte nach Sprottau ins Krankenhaus übergeführt werden.

# Neues aus aller Welt

## Die Bergwerkskatastrophe in Illinois

Springfield (Illinois), 28. Dezember.

Von den bei der Bergwerkskatastrophe in Moweaqua eingeschlossenen 54 Bergleuten sind bisher 39 als Leichen geborgen worden.

## Vom Gerüst gestürzt

Bukarest, 28. Dezember.

In der Petroleum-Raffinerie Otton in Ploesti ereignete sich am Dienstag ein schwerer Unglücksfall. Drei Arbeiter, die auf einem Gerüst beschäftigt waren, stürzten aus großer Höhe ab. Zwei von ihnen fanden sofort den Tod, während der dritte Arbeiter mit leichten Verletzungen davonkam.

Er begab sich, nachdem er im Krankenhaus behandelt worden war, wieder an die Arbeitsstätte zurück, wo er sich in einem Zimmer zum Schlafen niederlegte. Von ausströmenden Petroleumgasen wurde er jedoch betäubt und schließlich tot aufgefunden.

## Hotelbrand in Bukarest

Bukarest, 27. Dezember.

In dem im Mittelpunkt der Hauptstadt gelegenen achtstöckigen Hotel Britannia brach in den späten Abendstunden des Dienstag infolge Kurzschlusses ein Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die Hotelgäste, unter denen eine Panik entstand, liefen zum Teil halbkleidet auf die Straße. Das Feuer ist noch nicht eingedämmt, und es besteht die Gefahr, daß das Hotel gänzlich niederbrennt.

## Zwölfjähriger Schüler tödlich verunglückt

Kreuzburg, 27. Dezember.

Der zwölfjährige Sohn Alfred des Eisenbahnarbeiters Liebner kam am Heiligen Abend unter den Anhängern eines Postautos und wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach dem Unfall starb. Der Knabe soll sich auf die zwischen Kraftwagen und Anhänger bestehende Kuppelung gesetzt haben. Während der Fahrt ist er wahrscheinlich heruntergefallen, so daß die Räder des Anhängers über ihn hinweggingen.

## „Sanella-Abend“

In der „Göltzner Volkszeitung“ konnte man vor einiger Zeit folgendes Inserat der Penziger Frauengruppe der SPD finden:

„SPD-Frauengruppe Penzig.“

Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, bei Christensen:

Sanella-Abend

mit Ueberraschungen.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.“

Den Klassenkampf und die Schulungsarbeit für ihn hat man ja lange schon ad acta gelegt. Daß man aber für Sanella-Margarine Reklame macht — und das in einer Ortsgruppe der SPD, die sich bisher stets stolz als „oppositionell“ bezeichnet hat —, bezeichnet den Tiefstand dieser Arbeiterpartei und ist wert, festgehalten zu werden.

## Werbt Abonnenten

## Großfeuer in Württemberg

Stuttgart, 27. Dezember.

In Bitz im Oberamt Balingen brannten am Heiligen Abend drei Wohnhäuser und zwei Scheunen nieder. Das Feuer gefährdete zeitweise die ganze weitere Umgebung. Fünf Familien sind obdachlos geworden. Der Schaden ist sehr erheblich.

## Schiffszusammenstoß im Nordostseekanal

Kiel, 28. Dezember.

In Nordostseekanal stießen heute vormittag bei km 64 der finnische Dampfer „Ester Thorden“, der sich mit einer Deckladung auf der Reise von Brüssel nach Helsingfors befand, und der Motorschoner „Jupiter“ zusammen. „Jupiter“, der eine Zwiebelladung an Bord hatte und sich auf der Fahrt von Danzig nach London befand, erlitt bei der Kollision schweren Backbordschaden und lief voll Wasser. Der Schoner liegt jetzt an der Nordböschung des Kanals. Der Verkehr im Kanal ist nicht gestört.

## Tod zweier Kinder bei einem Laubenbrand

Berlin, 27. Dezember.

Die Wohnlaube des Arbeiters Eheleben in der Kolonie Katzenstein, Landsberger Chaussee, geriet heute abend gegen 10 Uhr in Brand. Als die Feuerwehr eintraf, war es nicht mehr möglich, irgend etwas zu retten. Die beiden Kinder der Familie, die heute allein in der Wohnlaube geblieben waren, die vierjährige Waltraut und die zweijährige Siegrid, wurden in einer eisernen Bettstelle verkohlt aufgefunden.

## SÜNDEN VON LINKS GESEHEN

## Gerhart Hauptmann-Theater

„Auslandsreise“

Das neue, von zwei Autoren verfaßte Stück hegt in derselben Richtung wie „Bargeld lacht“ und die „Heimkehr des Olympiasiegers“. Nur ist kein Aktienschwindel, keine öffentliche Korruption, sondern der bekannte Devisenerlaß für Auslandsreisende als Schwankstoff verwandt. Das gibt eine Reihe von Komplikationen, die das Theater zum Possenhaut und uns uninteressiert machen.

Regie und Schauspieler haben das possenhaut unterstrichen. Eine gute Ausnahme bildete Fräulein U. E. T. Rudolf Scherzer gefiel sich bei aller Anerkennung seiner komischen Rolle in übertriebenen Kleinigkeiten. Peters Arnolds trug in Ermangelung einer feineren Darstellung zu dick auf. Die übrigen komischen Rollen hielten den Durchschnitt. E. K.

## STADTTHEATER

Mittwoch, 19.—gegen 23  
Abonn.-Vorst. F. 5

## Der Rosenkavalier

Donnerstag, 20.—nach 23  
Erstaufführung

## Tango um Mitternacht

Freitag, 20.—nach 23  
Tango um Mitternacht

## LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.30

## Die Töchter der Exzellenz

Mittwoch, 15.30—17.30

## Wir fahren mit Dieter ins Märchenland

Täglich 20.15—22.40

## Auslandsreise

## Arbeiter-Mandolinistenbund e. V.

Ortsgruppe Breslau, Abt. II

Achtung! Kursus im Mandolinenspielen auf der Grundlage des Notensystems beginnt am 5. Januar 33. Anmeldungen hierzu finden Donnerstags, den 29. Dezember 32, im Schulhaus Nikolaistraße 63, Zimmer 3, statt. Kinder, Jugendliche und Erwachsene, welche hierfür Interesse haben, sind freundlichst eingeladen. Desgleichen, welche obige Instrumente spielen können, in unsere Kinder-, Jugend- und Erwachsene-Orchestergruppen. Nähere Auskunft wird noch gern und unverbindlich erteilt. Es ist unsere Aufgabe und soziale Pflicht, die Volksmusik in den Dienst des Proletariats zu stellen.

## ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP

Berik Mittelschleien Sekretariat Breslau Kleiner Holzstraße 3, Telefon 567 68

Achtung Stadttell Süd-Ost. Donnerstag, pünktlich 19.30 kurze aber wichtige Punktion-Versammlung Heim Merkestraße

Achtung! Parteigenossen von Süd-West. Donnerstag, den 29. Dezember. Proletarische Feierstunde im Heim, Sonnenstr. 39 11th. Genossen, ihr seid alle eingeladen.

## SJL

Sekretariat Kl. Holzstr. 3  
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr

Die Gen. Org.-Leiter sind unbedingt am Donnerstag von 10—12 Uhr im Büro, Holzgasse, zur Wochen-Besprechung.

Mittwoch, den 28. Dezember, sind folgende

Heime zu besuchen:  
Heim 4, Sonnenstr. 39; Prolet. Feierstunde.

Heim 5: ? ? ?

Heim 6: Jahresabschluss.

Donnerstag, den 29. Dezember:

Heim 2: Saison-Ausverkauf.

Heim 7: Jahresrückblick.

Genossen, bringt zu diesen Heimabenden Gäste mit.

## Breslauer Volkstheater, e. V.

Kostümfest der Volkstheater. Auch in diesem Winter veranstaltet die Volkstheater ihr Kostümfest „Klappstutz und Gardine“, das seit Jahren regelmäßig die größte derartige Veranstaltung in unserer Stadt ist. Das Fest findet wiederum im Messehof statt und zwar am Sonnabend, den 11. Februar.

Die Eintrittspreise für „Klappstutz und Gardine“ sind der Zeit entsprechend gegenüber den Vorjahren weiter ermäßigt. Sie betragen im Vorausverkauf für Mitglieder der Volkstheater 1.65 Mk. für Nichtmitglieder der 2.50 Mk.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Kassierte Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.G. Bräglag, Neue Graupenstr. 7

Expedition: Breslau Kleiner Holzstraße 3 Treppe  
Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebart, Breslau 6 Kleiner Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92

Redaktion: Breslau Kleiner Holzstraße 3 1 Treppe.  
Telephon 206 02.

## ACHTUNG!

## Ab 1. Januar 1933

befinden sich das Parteisekretariat, die Geschäftsstelle, Redaktion u. Expedition der SAZ

## Breslau 5, Gartenstr. 21

Fernspr.: SAP 56768, SAZ 20602

Partei-Vorstand der SAP  
SAZ Geschäftsleitung

# Wo decke ich meinen Bedarf?

## WESTEN

Restauration Traugott Stiefe  
Weißendstraße 64  
Treffpunkt aller Genossen  
Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

**Inuh Vogel**  
Friedrich-Wilhelmstr. 66  
Scheitniger Straße 12

fl. Fleisch- u. Wurstwaren  
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Paul Frühauf  
Kolonialwaren usw.  
Bergstraße 22

Kauft den Arbeiter-Kalender  
„Roter Pionier“ Preis 50 Pfg.

Lebensmittelhaus  
Heinrich & Co.  
Frankfurter Straße 154

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren  
Richard Polke, Anderssenstr. 16

**Paul Biehl**  
Kolonialwaren  
9% Rabatt  
Aisenstr. 13 und Aisenstraße 89

Fleischermeister Max Lattner  
Posenerstraße 23  
Stets in Qualität — Niedrigste Preise

fl. Fleisch- und Wurstwaren  
Steinauer Str. 6  
Emil Lüdeck

Wände- und Deckenreinigung  
mit „Wandon“ führt aus  
Tapetenhaus Ursullnerstraße Nr. 7a  
Inh.: G. Kleiner, Tel. 212 85, z. Selbstverarb. „Wandon“ Pld. 70 Pfg.

Richard Pusch  
Ritter-Drogerie  
Messergasse Nr. 37  
DROGEN - FOTO

**Möbel Max Melnik**  
Ohlauerstr. 53/54

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei  
Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein  
Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47,  
Markthalle Gartenstr., Stand 125/126,  
Bismarckstr. 27.

S. Zöllner, Herrenausstatter  
Schmiedebrücke 64/65 · Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

Wo kauft man seine Ledersohlen?  
Bei Gutsche — Überall empfohlen!  
**Albert Gutsche, Reusche Str. 32/33**  
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!  
Grüßwälder Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 7 · Moltkestraße 14

## ZENTRUM

Sei klug! Kauf bei  
**Wäsche-Manneberg**  
Reuschestraße 45

**Kauft bei Blasse!**  
Blasse ist billig!  
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen.  
Ich gewähre Euch 5% Rabatt  
Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren  
Reuschestraße 50 (rechte vom Königplatz)

Genossen! Fleisch- u. Wurstwaren  
nur bei  
**Reinhold Reichelt**  
Neumarkt 14

Schuh-Reparaturen  
nur  
**Schuh-Hilfe, Breite Str.**  
Fachmännische Leitung



# Siedlung ist kein Ausweg

Das neue Reichskabinett hat als einen wesentlichen Programmpunkt zur Arbeitsbeschaffung die Siedlung bezeichnet und dem Siedlungswesen seine besondere Aufmerksamkeit zugesagt. Es liegt dies zugleich auf der Linie der Autarkie-Bestrebungen gewisser Kreise und der konterrevolutionären, reaktionären Propaganda „Zurück zur Einfachheit des Landlebens“.

Auch die SPD, die ja schon 1919/20, Hand in Hand mit Demokraten und Zentrum, ein Siedlungsgesetz schuf und das Siedlungswesen — im Gegensatz zu sozialistischen Auffassungen über die beste Gestaltung der Agrarverhältnisse — mit Eifer als Weg zur Wirtschaftsgesundung anpries, ist mit diesem Teil des Schleicher-Programmes sehr einverstanden. Wohl mehr aus taktisch-politischen Gründen gibt die SPD heute allerdings auch solchen Stimmen Raum, die betonen, daß es in Deutschland ganz unmöglich ist, auf dem Wege der Siedlung zur Überwindung der Wirtschaftskrise und auch nur zu einer einschneidenden Einschränkung der Millionen-Arbeitslosigkeit zu kommen.

Im „Vorwärts“ vom 18. Dezember hat z. B. der Staatssekretär Hans Krüger sehr richtig die Haltlosigkeit des Siedlungsprogramms von Mahraun, dem Führer des jungdeutschen Ordens, nachgewiesen.

## 3,166 Milliarden Subventionen!

R.H. Nach Angabe der „Bergwerkszeitung“ vom 22. Dezember hat das Reich Verpflichtungen aus begebenen Schatzwechseln in Höhe von 1020 Millionen Mark, dazu kommen Bürgschaften, Bankgarantien usw. in Höhe von 2146 Millionen Mark, die gleichfalls zu echten Zahlungsverpflichtungen werden können und mindestens teilweise auch werden.

### Wie das Reich zu Geld kommt.

R.H. Die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ (Oeffa), eine Regierungsstelle, finanziert („Bergwerkszeitung“ 22. Dezember) zusätzliche öffentliche Arbeiten für 600 Millionen Mark zu 500 Millionen aus nicht ausgezahlten Lohnprämien-Steuer Gutscheinen, zu

100 Millionen aus ersparten Unterstützungen für Wohlfahrtserwerbslose!

Nach Angaben der Regierung soll die Arbeitsbeschaffung möglichst weitgehend der Privatwirtschaft zugute kommen. (Die „DBZ“ spricht von Ferngasleitungen; Montan- und Röhrenindustrie.)

Man kurbelt also den Kapitalismus an mit Geldern die noch im unsozialen Papen-Etat für Wohlfahrtserwerbslose bestimmt waren! Dafür verantwortlich ist Leiparts „sozialer General“!

Krüger weist darauf hin, daß selbst die wohlriechende, krisenhafte deutsche Landwirtschaft die heutige Nachfrage nach Nahrungsmitteln bis auf einen geringen Bruchteil — etwa ein Siebentel oder ein Achtel — selbst decken kann. Selbst wenn also eine — indes nirgends zu sehende — Erhöhung der Massenkaufkraft einträte und dadurch die innerdeutsche Nachfrage nach Nahrungsmitteln gesteigert würde, z. B. um ein Fünftel, so wären nach Krügers Schätzung doch immer nur allerhöchstens 350 000 bis 450 000 Arbeitslose in der Landwirtschaft unterzubringen. Denn die Produktion und der Bedarf an Arbeitskräften stehen nicht in gleichmäßig steigender Beziehung zu einander, sondern infolge des dem Kapitalismus innewohnenden Rationalisierungsstrebens wird ein viel geringerer Teil neuer Arbeitskräfte gebraucht. Eben aus diesem Grunde, und weil die Kaufkraft der Massen ja gar nicht erhöht wird, kommt praktisch aber auch nicht einmal die von Krüger genannte Zahl von 350 000 oder 450 000 durch das Siedlungswesen vom Arbeitsmarkt Verschwindender in Frage.

Auch das ständige Gerede, das besonders in der Nazi-Propaganda wiederkehrt, vom „Verpflanzen der städtischen Arbeitslosen aufs Land“, entbehrt jeder realen Basis. Es gibt auf dem Lande heute so viel Arbeitslose und „überzählige“ Bauernsöhne, daß — selbst wenn alle schönen Siedlungsprogramme durchgeführt würden — noch nicht einmal alle arbeitslosen Landarbeiter und Bauernsöhne mit genügend Siedlungsstellen versorgt werden könnten. Da diese landwirtschaftlich geschulten Kräfte selbstverständlich zuerst für Siedlungsstellen in Frage kämen, ist jede Verpflanzung städtischer Arbeitsloser gänzlich ausgeschlossen. Das zeigt sich auch im faschistischen Italien, wo trotz der offiziellen Riesenpropaganda über „Entvölkerung der Großstädte“ gerade das Umgekehrte, d. h. eine Zunahme der Großstädte und eine gewaltige Abnahme der Landbevölkerung in den letzten 5 Jahren eingetreten ist.

Die Siedlungsstellen, die geschaffen werden, sind außerdem durchweg Hungerstellen. Das Land ist kaum mehr, als zum eigenen

Lebensunterhalt des Siedlers und seiner Familie eigentlich ausreichen würde. Er muß sich, wenn er Produkte verkaufen und dadurch zu Geld für Kleider, Schuhe, Geräte usw. kommen will, also die Nahrungsmittel vom eigenen Leibe absparen. Außerdem besitzen diejenigen, für die das Siedeln in Frage kommt, keinen eigenen Pflanz. Auch wenn er Staats- oder Gemeindeförderungen erhält, gerät der Siedler unabweisbar in Schulden, und er befindet sich, wenn nicht schon im Anfang seiner Siedelei, so nach einigen Jahren fast immer im allerschlimmsten Elend. Es wird nur die Zahl der kleinen Bauern, die ständig in der Angst der Pfändung und der Verjagung von ihrem kleinen Grundstück leben, vermehrt.

Zugleich bedeutet das ganze Siedlungswesen eine ungeheure Belastung des Staates. Soweit früheres Gutland in Frage kommt, und desgleichen, wenn es sich um Oedland handelt, muß der Staat den einzelnen Siedlern oder den privaten Siedlungsgesellschaften, die sich jetzt überall aufstürzen, riesige Zuschüsse und Kredite gewähren, von denen er bei der notorischen Pleite dieser Siedlungsgesellschaften aber den allergrößten Teil einbüßt und die er, in der Hoffnung, wenigstens etwas zu retten, dann schließlich wieder verlängert und erneuert, um letzten Endes in eine noch größere Sackgasse zu geraten. Diese Gelder aber müssen letzten Endes die breiten Massen aufbringen. Das wird auch durch folgende Meldung bestätigt:

### Rückständige Siedlerleistungen sollen gestundet werden

Berlin, 23. Dez. Im Anschluß an die Senkung der Jahresleistungen der Siedler auf landwirtschaftlichen Siedlungen für die nächsten zwei Jahre wird, wie amtlich mitgeteilt wird, der Ernährungsminister im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien des Reiches und Preußens sofortige Maßnahmen in die Wege leiten, um die durch die besonderen Einwirkungen der landwirtschaftlichen Kreise auf die Siedler entstehenden Rückstände bei den Siedlern in angemessener Weise zu ordnen. Die Siedlungsbank wird ermächtigt werden, zunächst einmal bis zur Durchführung der Regelung die in Betracht kommenden Rückstände zu stunden. Die Regelung der Rückstände erfaßt alle Arten von Siedlern, denen die Senkung der Jahresleistungen zugute kommt. Die Deutsche Siedlungsbank wird im engsten Einvernehmen mit der Preussischen Landesrentenbank vorgehen. Zur Durchführung der Maßnahmen werden aus den Siedlungsbehörden der Länder, also in Preußen aus den Landwirtschaftsbehörden, geeignete Kräfte

zur Verfügung gestellt, die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind.

Wenn jetzt noch ein großer bürokratischer Apparat für die gesteigerte Siedlungstätigkeit der Regierung aufgebaut wird, so bedeutet auch das wieder eine neue Massenbelastung, ohne daß das andere Ziel, durch die Siedlung wenigstens einen Teil der Arbeitslosen ausreichend versorgt zu haben, erreicht wird. Es hat schon seine tieferen materiellen und keineswegs geistige, ethische Ursachen, wenn heute von so manchen früheren Siedlungsfanatikern nicht mehr der wirtschaftliche Nutzen der Siedlungen betont wird, sondern wenn sie mit großer Betonung den pädagogischen Nutzen des Siedlungswesens unterstreichen.

Ausreichende Arbeitsbeschaffung zugleich zu Bedingungen, die menschenwürdig sind, kann durch das Siedeln nicht erreicht werden. Die Arbeiterschaft sollte auch nie vergessen, daß diejenigen, die sich so sehr für das Siedeln einsetzen und von der Gesundheit einer einfachen, ländlichen Lebensweise sprechen, sich selbst schwer hüten, diesen Weg zu gehen. Das ist natürlich ganz etwas anderes!

Wirkliche Arbeitsbeschaffung, so wie sie der Proletarier braucht, gibt es unter kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen überhaupt nicht mehr. Sie hat eine völlige Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zur Voraussetzung, in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie. Nicht kleine Hungerstellen müssen geschaffen werden, sondern die Großgrundbesitzer müssen entschädigungslos enteignet werden. Der Boden muß verstaatlicht werden, aber nicht in einem kapitalistischen Staatswesen, sondern von einem Staate, in dem die Arbeiterklasse herrscht, in dem nach deren Interessen regiert wird.

Es ist sehr bezeichnend, daß die Bourgeoisie heute zur Erbsenuppe als täglicher Mahlzeit, zum eigenen Spinnrocken usw. (für die anderen natürlich!) zurück will. Die Arbeiterklasse hat nicht die Vernichtung der bisherigen kulturellen Errungenschaften auf ihr Schild erhoben, sondern sie kämpft dafür, daß diese allen zugänglich sein sollen. Auch die psychologische Krise der langjährig Erwerbslosen, die wir sehr wohl sehen, muß aus der Welt geschafft werden, aber mit Mitteln, die vorwärts führen zu einer höheren Entwicklungsstufe als wir sie bisher kennen. Darum muß die Arbeiterschaft allen Siedlungsaposteln scharf entgegen treten und allen diesen Utopien den offenen, rücksichtslosen Kampf gegen das kapitalistische System entgegenstellen. — ch.

# Wieviel zahlt der Arbeiter Steuern?

Was kann steuerfrei bleiben? — Werbungskosten, Sonderleistungen usw.

Keine Schicht der Bevölkerung wird so rücksichtslos und bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen, wie der Proletarier, der Lohn- und Gehaltsempfänger. Während der Kapitalist und jeder selbständig Gewerbetreibende nach Einschätzung die direkten Steuern bezahlt bzw. nicht bezahlt, werden dem Arbeiter die Steuern gleich vom Verdiensteinbehalten. (Die indirekten Steuern zahlt er bei jedem Gramm Lebensmittel, das er kaufen muß.)

Es ist klar, daß der Kampf gegen die unerhörte Steuerbelastung des Proletariats nur politisch durch geschlossene Massenaktionen geführt werden kann. Aber hier kommt es uns darauf an, dem einzelnen Arbeiter zu zeigen, wie seine direkten Steuern festgesetzt werden und wie jeder einzelne eine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende direkte Steuerbelastung abwehren kann. Das ist jetzt besonders wichtig, weil mit dem ersten Januar das neue Steuerjahr beginnt und erfolgreiche Einsprüche gegen falsche Steuerberechnung bzw. für Abzug von Werbungskosten usw. jetzt beim Steueramt gemacht werden müssen.

Wer aus den rein gesetzmäßigen Bestimmungen ersieht, daß ihm in der Vergangenheit zuviel Steuern abgezogen wurden, dem ist dringend zu raten, daß er durch schriftlich eingereichten Antrag Einspruch erhebt und auf Grund glaubhafter Unterlagen auf Aenderung dringt.

### Das steuerfreie Existenzminimum

beträgt 14,40 Mark wöchentlich, 60.— Mark monatlich und 720 Mark jährlich. Nach Meinung des bürgerlichen Staates muß dieser Satz zur „Erhaltung der nackten Existenz“ ausreichen und darum steuerfrei sein. Jedoch bei außergewöhnlichen Belastungen (Unterhalt und Erziehung mehrerer Kinder, Krankheit, Unglücksfälle usw.), sowie bei „sittlicher Verpflichtung“ zur Unterstützung mittelloser Angehöriger) kann das Finanzamt eine Erhöhung des steuerfreien Betrages vornehmen. Das wird jedoch, wenn es überhaupt geschieht, nur auf schriftlich formulierten Antrag, unter Beilegung von Rechnungen und Belegen geschehen. Nach dem Gesetz ist die Entscheidung ins Ermessen der Behörden gestellt. Den Anträgen an das zuständige Finanzamt muß die Steuerkarte für 1933 beigelegt werden. Wichtig sind ferner die Bestimmungen über die

### steuerfreien Sonderleistungen

Zu den steuerfreien Sonderleistungen rechnen folgende Ausgaben: 1. Beiträge zur Kran-

ken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen; 2. Beiträge zur Sterbekasse; 3. Lebensversicherungsprämien; 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung; 5. Kirchensteuer; 6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1. bis 3. aufgezählt sind, auch solche Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht. Im allgemeinen werden die Werbungskosten und Sonderleistungen durch den steuerfreien Pauschsatz (40 Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich) endgültig berücksichtigt. In Einzelfällen kann jedoch eine Erhöhung der Pauschsätze nachgesucht werden. Der Steuerpflichtige muß dann nachweisen, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mark monatlich übersteigen.

### Aufwandsentschädigungen

sind gleichfalls steuerfrei, sofern es sich um Aufwand handelt, der dem Arbeiter bei seiner Tätigkeit erwächst. Also Reisespesen, Entschädigung für auswärtigen Aufenthalt, Uebernachten usw. Diese Entschädigung muß jedoch ausdrücklich zwischen Unternehmer und Arbeiter vereinbart und außerhalb des Lohnes gezahlt werden.

Es bleibt noch zu erwähnen der Satz für Werbungskosten. Dieser beträgt, wie schon betont, 40 Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich. Mit den Werbungskosten werden die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen steuerlich berücksichtigt. Der Lohn- und Gehaltsempfänger hat z. B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Instandhaltung von Werkzeugen sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung. Hierher gehören auch die Unterhaltungskosten für ein Fahr- oder Motorrad, wenn es für den Weg zur Arbeitsstelle verwendet wird. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs ergeben.

Es empfiehlt sich, Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Betrages bei Beginn des Jahres zu stellen, weil die Genehmigungen durch die Steuerbehörden rückwirkende Kraft nicht haben. Der Steuererlaß tritt also erst mit dem Tage der Genehmigung des Gesuches durch das zuständige Finanzamt in Erscheinung.

Zum Schluß noch ein Hinweis auf

### die Bürgersteuer

die mit Recht überall Negersteuer genannt wird (Negersteuer deshalb, weil sie nach dem System der Negerhüuptlinge und der Kolonialregierungen eine Kopfsteuer ist), ist die ungerechteste und brutalste Steuer. Sie kennt so gut wie kein steuerfreies Einkommen. Jede Person, auch die Ehefrau, mit einem Einkommen von jährlich 500 Mark und darüber wird herangezogen. Die niedrigste Stufe mit einem Grundsteuersatz von 3 Mark pro Jahr ist bei einem Einkommen von 500 bis 900 Mark. Von 900 bis 1500 Mark 6 Mark Grundsteuersatz usw. Also, ob ein Arbeiter 910 Mark im Jahr, ein höherer Beamter aber 4190 Mark verdient, wird gleich bewertet. Dazu kommt allgemein ein kommunaler Steuerzuschlag von 500 Prozent, so daß fast jeder Arbeiter 30 Mark pro Jahr Negersteuer zahlen muß.

Da die Arbeitslosenversicherung riesige Ueberschüsse macht, weil die Unterstützungen fast gänzlich abgebaut sind, so wirken sich die hohen Arbeitslosenversicherungsbeiträge als reine Steuern aus, denn die Ueberschüsse wandern in die Staatskasse.

Man sieht, eine Steuerausplünderung der Arbeiter, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

## Neue Steuern in Krefeld

Bezirksverordnetenversammlung beschließt Getränkesteuer und Erhöhung der Gewerbesteuer

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung hat zu beschließen über neue Steuern bzw. über die Erhöhung der Realsteuern. Ueber letztere mußte Beschluß gefaßt werden, da sonst von der Regierung in Düsseldorf zwingungsweise vorgegangen worden wäre. Die Selbstverwaltung der Gemeinden besteht ja nur auf dem Papier.

In einem Antrag der SPD wird protestiert gegen die Rechtsnachmachung der Gemeinden. Da man sich über die Fassung des Antrages nicht einigte, soll die Angelegenheit in einer Sitzung des Verfassungs- und Finanzausschusses erledigt werden.

Die Steuervorlagen verursachten eine lebhaft Debatte. Wirtschaftspartei, NSDAP, SPD und KPD lehnten die Vorlagen ab. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und auch das Zentrum begründeten die Annahme der Vorlage damit, daß die Stadt Krefeld nicht länger auf Wohlfahrtsdotationen verzichten könne. Schließlich machte das Zentrum im Einverständnis mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft den Vorschlag, nicht die Grundsteuer, sondern nur die Gewerbesteuer von 425 auf 450 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde angenommen.

## Tarifverschlechterungen für die Bekleidungsarbeiter ab 1. Januar

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband gibt durch die SPD-Presse bekannt, daß die Verschlechterungen im Reichstarifvertrag und im Lohnabkommen der Herren- und Damenmaßschneider, so wie sie Anfang Dezember durch Schiedsspruch festgelegt wurden, in Kraft treten. In geheimer Abstimmung der freigewerkschaftlich Organisierten und ebenso seitens der Unternehmer sei den Schiedssprüchen zugestimmt worden.

Das Lohnabkommen läuft bis Ende April, der Reichstarifvertrag bis 31. Dezember 1933. Wo keine örtlichen Vereinbarungen bestehen, sollen solche bis zum 8. Januar von den Tarifparteien herbeigeführt werden.

Die Leitung des Bekleidungsarbeiterverbandes hat es nicht für notwendig befunden, die Arbeiter der Herren- und Damenmaßschneiderei gegen die vorgesehenen Verschlechterungen wirksam zu mobilisieren. So wie im Bekleidungsarbeiterverband sieht es in fast allen Gewerkschaften aus. Es ist höchste Zeit, daß die Mitglieder das nicht länger schlucken, sondern daß sie in allen Verbänden energisch Stellung nehmen, daß auf der ganzen Linie Abwehrkämpfe gegen jegliche Verschlechterungen und dann darüber hinaus auch wieder Angriffskämpfe vorbereitet werden.



Jeden Donnerstag

**DIE ENTE**

Preis 10 Pfennig

## DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:

Roda Roda, Erich Weinert, Peter Scher, Erich Kästner, Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-

Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7